

I
01
Herrn Nemitz

**Antrag Drucksache Nr.: 01544/2018 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Betreff: Im Umweltverbund zur Schule**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit Hilfe der Verkehrsplanung der Landeshauptstadt die Erreichbarkeit der Schulstandorte innerhalb des Umweltverbundes (zu Fuß, mit dem Rad oder dem öffentlichen Nahverkehr) zu optimieren und zu fördern.

Aufgrund des vorstehenden Beschlussvorschlags nimmt die Verwaltung hierzu Stellung:

1. Rechtliche Bewertung (u.a. Prüfung der Zulässigkeit; ggf. Abweichung von bisherigen Beschlüssen der Stadtvertretung)

Aufgabenbereich: Eigener Wirkungskreis

Der Beschlussvorschlag ist rechtlich zulässig.

2. Prüfung der finanziellen Auswirkungen

Art der Aufgabe: Freiwillige Aufgabe (ergänzend)

Kostendeckungsvorschlag entsprechend § 31 (2) S. 2 KV: Im Antrag nicht enthalten.

Einschätzung zu voraussichtlich entstehenden Kosten (Sachkosten, Personalkosten):

Nicht relevant (siehe unten)

3. Empfehlung zum weiteren Verfahren

Zustimmung Die Verwaltung arbeitet bereits fortlaufend im Sinne des Beschlussvorschlags an Verbesserungen im Fuß- und Radwegenetz und gemeinsam mit der NVS GmbH an Optimierungen des Nahverkehrsangebotes. Besonders zu erwähnen ist auch die fortlaufende Arbeit im Rahmen der Schulwegsicherung. Ferner ist in Bezug auf die Schulen Weststadt der geplante Radschutzstreifen Lübecker Straße bedeutsam.

Aber die Erstellung eines ausführlichen Gutachtens, wie das bei den Schulen Weststadt (wegen Neubau und Erweiterung) nötig wurde, ist nicht für jede Schule im Bestand leistbar und zwar weder personell noch finanziell.

Dr. Rico Badenschier